

Zeitung



des Großherzogthums Posen.

Im Verlage der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Redakteur: G. Müller.

Freitag den 28. März.

Inland.

Berlin den 26. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Oberst-Lieutenant und Chef des Generalstabes des 7ten Armee-Corps, Friedrich Wilhelm Ferdinand Kufferow, in den Adelsstand zu erheben.

** Posen den 26. März. Obgleich die vor einiger Zeit in fast allen öffentlichen Blättern ausgesprochenen Gerüchte einer in nächster Zeit bevorstehenden Erweiterung unseres ständischen Instituts zu unsicher sind, um darauf bestimmte Hoffnungen zu gründen, so muß eine solche dennoch früher oder später eintreten; denn sie liegt in der Natur unserer gegenwärtigen Stände, die zwar nach Regulierung der bäuerlichen Verhältnisse und der Einführung der Städte-Ordnung ein kleiner Schritt weiter in der politischen Freiheit sind, aber nicht der Schlüsselstein einer Verfassung sein können. Dasselbe kann auch von den Ausschüssen gelten, wie wir dieselben schon wirksam sahen, doch zeigt ihre Zusammenberufung uns, daß man die Unvollkommenheit der gegenwärtigen Vertretung erkennt, und auf welchem Wege wir die Vollendung unserer Staatsverfassung wahrscheinlich zu erwarten haben werden. Allein bei dieser Gewißheit, daß wir nicht auf dem gegenwärtigen Punkt stehen bleiben können, entsteht die Frage: ob eine Erweiterung der Befugnisse der Provinzialstände zu wünschen wäre, ob eine solche nicht vielmehr Gefahr bringend für das Wohl des ganzen Staates sein würde? Sollte ihnen z. B. die Bewilligung der Steuern, die Controle des Staatshaushalts, die Beschlußnahme über neue allgemeine Gesetze eingeräumt werden können? Gewiß nicht; eine solche Erweiterung ihrer Befugnisse

würde nur dem beschränkten Provinzialgeiste und dem einseitigen Standesinteresse zu gute kommen, und jedenfalls dem Wohle des Ganzen entgegenwirken. Wir haben schon in einem frühern Artikel über die Zusammensetzung der Provinzial-Landtage gesprochen und gezeigt, welches Uebergewicht in denselben der erste Stand, der Adel, über den zweiten und dritten Stand durch seine numerische Vertretung hat. Dieses Uebergewicht wurde bisher nur durch die bescheidene Wirksamkeit, welche den Provinzialständen zugestanden ist, unschädlich gemacht, wogegen bei einer größern Selbstständigkeit derselben der Adel jenen Vortheil nicht lange unbenutzt gelassen haben würde, um sich aus der schiefen Stellung, in welche ihn die nivellirende Zeit und die Gesetzgebung vom Jahre 1808 und der neueren Zeit gebracht hat, herauszuarbeiten, d. h. den Schein, welcher ihm von den meisten seiner Vorrechte nur geblieben, wieder zu einer Wirklichkeit zu machen, sich wieder als einen besonderen, bevorrechteten Stand (obgleich er dies in gewisser Hinsicht jetzt noch ist) zu constituiren und die frühere Macht und das frühere Ansehn wieder zu gewinnen. Ein solcher Rückschritt würde sich aber, wenn er möglich wäre, nicht sowohl nur an einem einzelnen Theile der Gesellschaft, als an der Allgemeinheit des Staates rächen. Doch nehmen wir auch an, daß jenes numerische Uebergewicht des Adels in den Landtags-Versammlungen aufhörte, daß eine allgemeine verhältnißmäßige Ausgleichung in der Vertretung der Stände stattfände, und überhaupt diese mehr in einander verschwämmen und dem Staatsbürgerthum wichen, so vertreten die Provinzialstände doch immer nur spezielle Interessen, die Interessen ihrer Provinz, die sie stets gegen das allgemeine Beste

geltend machen würden, sobald sie mit demselben in Konflikt gerathen, so daß wir so viel Staaten im Staate haben würden als Provinzen, wenn man den Provinzialständen eine größere Selbstständigkeit, namentlich das Beschließungs- oder Steuerbewilligungsrecht einräumte. Wir würden dann nothwendigerweise auch Provinzialministerien haben müssen, die die einzelnen Provinzen getrennt von einander und selbstständig verwalteten, — denn wo sollte eine Einigung der Beschlüssen bei verschiedenen Ansichten herkommen? — Das hieße aber wohl die Sonderung der Interessen zu weit treiben und den Preussischen Staat gewaltsam aus seinem natürlichen Entwicklungsgange herausreißen, wenn nicht gar seine Auflösung dekretiren. Preußens Kraft beruht auf der Allgemeinheit und muß jede Sonderung seiner einzelnen Theile bekämpfen; es würde daher besser sein, wir hätten gar keine Provinzialstände, sondern nur allgemeine, da sie jedoch einmal bestehen, so können sie nur in der Voraussetzung einer höhern Vertretung von Nutzen sein, so daß sie ein Mittelglied in dem vollständigen System der Vertretung bilden. Als solchem darf ihnen aber unmöglich eine weitergehende Wirksamkeit eingeräumt werden, als sie gegenwärtig schon besitzen, d. i. die Berathung und das Recht zu bitten und sich zu beschweren. Die einzig wünschenswerthe Erweiterung des ständischen Instituts würde die unbedingte Oeffentlichkeit der Verhandlungen sein, damit dasselbe festere Wurzel im Volke fäste, als es bisher bei geschlossenen Sitzungen und der Unvollständigkeit der durch den Druck erfolgten Veröffentlichungen konnte. Nun werden zwar alle jene Wünsche und Anforderungen einer wirksamern Vertretung des Volks der Regierung gegenüber nicht verstummen, allein sie können hiernach nicht in den Provinzialständen ihre Befriedigung finden, sondern nur in der höhern Vertretung, welche jene zur Voraussetzung haben, und die, welchen Namen man dafür auch wählt, immer nur allgemeine Stände sein können, welche jährlich, oder doch jedesmal nach Schluß der Provinzial-Landtage zusammentreten, um unter Zugrundelegung der Gutachten dieser vom allgemeinen Gesichtspunkte aus zu berathen und zu beschließen. Ein Schritt näher zu diesem Ziele war die Verordnung über die Bildung der ständischen Ausschüsse vom 21. Juni 1842, und sie hätten füglich den Schlüsselstein im System der allgemeinen Vertretung bilden können, wenn ihre regelmäßige Einberufung beschlossen und ihnen die nothwendige Selbstständigkeit gewährt worden wäre, anstatt sie gegen das allgemeine Interesse in dieselbe Ohnmacht zu versetzen, in welcher die Provinzialstände mit Recht und ihrer Natur nach gehalten werden müssen. So aber fehlt uns immer

noch dasjenige Glied, welches die durch die Provinzial-Vertretung gesonderten Theile des Staates wieder zur Einheit zurückführt und den Staat auf die Allgemeinheit stützt. Und dieses Glied, mit den zu einer wahrhaften Vertretung erforderlichen Befugnissen und der nothwendigen Selbstständigkeit ausgestattet, herzustellen, ist die einzig wünschenswerthe und natürliche Weiterbildung der gegenwärtigen Provinzialstände; für die letzteren aber Rechte, wie die Eingangsgenannten, zu beanspruchen, welche nur allgemeinen Ständen bewilligt werden können, würde mindestens sehr unüberlegt sein.

* Berlin den 25. März. Die Veränderungen, welche in Bezug auf den geistigen Bildungsgang der sich für den Offizierstand vorbereitenden jungen Leute statthaben sollen, werden, wie wohlunterrichtete Personen versichern, mit dem ersten April des Jahres 1846 in's Leben treten. Jeder, welcher zur Offizier-Prüfung zugelassen werden will, muß dann vorher das Abiturienten-Examen gemacht haben und die geistige Bildung eines zur Universität abgehenden Primaners besitzen. Die Kenntniß der lateinischen Sprache ist ausdrücklich vorgeschrieben, das Erlernen der griechischen Sprache wird indessen nicht erfordert. Die Divisionschulen im preussischen Staate werden mit dem ersten April des Jahres 1846 aufhören. Die sich dem Militärstand widmenden jungen Leute sollen dann das Gymnasium besuchen in derselben Weise, wie auch die sich für ein gelehrtes Fachstudium vorbereitenden jungen Leute. Ein Zögling zur höhern Bürgerschule soll indessen auch zur Offizier-Prüfung zugelassen werden, wenn er die oberste Klasse der höhern Bürgerschule besucht hat und von seinen Lehrern Zeugnisse der verlangten geistigen Bildung beibringen kann. Die Kenntniß der lateinischen Sprache wird aber einem Zögling der höhern Bürgerschule nicht erlassen. Die Kriegsschulen werden in Folge dieser Veränderungen auch eine Umgestaltung erfahren, indem künftig auf den Kriegsschulen nur die zur Kriegswissenschaft in's Besondere gehörigen Lehrgegenstände gelehrt werden sollen, so daß die Kriegsschule für die sich dem Militärstand widmenden jungen Leute das ist, was die Universität für die sich einem gelehrten Fach Widmenden ist. Wie man hört, liegen bei diesen beabsichtigten Veränderungen zwei Hauptideen zu Grunde, erstens nämlich soll der Offizierstand durch eine mit dem jetzigen Standpunkt der Wissenschaften mehr in Einklang stehende geistige Bildung gehoben werden, und zweitens soll bei der geistigen Erziehung der jungen Söhne des Vaterlandes keine Trennung stattfinden. Es ist nicht zu zweifeln, daß durch diese Maßnahmen, wenn sie in's Leben getreten sein werden, große Veränderungen in Bezug auf den Geist im Militär-

stande sich äußern werden, namentlich dürfte das Verhältniß zu den bürgerlichen Ständen sich als ein innigeres gestalten, da durch den neuen Bildungsgang der sich dem Militärstande widmenden jungen Leute dem Kastengeist entgegengewirkt wird. Sobald Preußen in dieser Beziehung vorangeschritten sein wird, dürften die andern deutschen Staaten wohl nicht unterlassen können, dem guten Beispiele Preußens zu folgen. — Professor Bethmann-Hollweg, der Regierungsbevollmächtigte der Universität Bonn, befindet sich noch in unserer Hauptstadt. Der Grund seiner Anwesenheit sollen Besprechungen mit Sr. Exc. dem Kultusminister über nicht unwichtige die Universität Bonn betreffende Gegenstände sein. — Bei dem Fürsten Radzivil wurde am Ostersonntag auch in diesem Jahre in der gewohnten Weise das Osterlamm verzehrt, zu welchem Feste viele Personen eingeladen worden waren. Die Bedienung der Gäste bei diesem patriarchalischen Feste geschieht durch die fürstliche Familie selbst. Vorher wird das Osterlamm von einem anwesenden Geistlichen eingesegnet. — Das Fest, welches von Sr. Maj. dem König bei Gelegenheit der Confirmation eines Mitgliedes der königlichen Familie gegeben zu werden pflegt, ist bei der Confirmation des Sohnes des Prinzen Karl aus dem Grunde unterblieben, weil die Confirmation in der Charwoche stattfand. — Die Stephenson'sche Schrift „über die atmosphärische Eisenbahn“, deren bevorstehendes Erscheinen wir früher meldeten, ist in diesen Tagen hier bereits herausgekommen. — Das Thauwetter ist hier seit vorgestern mit Macht eingetreten, so daß unsere Straßen fast überschwemmt waren. Worüber man mit Recht klagen kann, ist, daß das Polizeigesetz wegen Bestreuens der Fußsteige bei Glätteis nicht streng genug befolgt wird, durch welche Nachlässigkeit so manche Familienväter, welche auf der Straße stürzten, auf eine Zeitlang arbeitsunfähig geworden sind. Es wäre zu wünschen, daß die Polizeibeamten künftig mit unerbittlicher Strenge in Bezug auf dieses Gesetz verfahren und lieber ihre Aufmerksamkeit von den Cigarren-Kauzern auf der Straße etwas ablenkten.

Berlin. — Aus sehr unterrichteter Quelle geht uns folgende Notiz zu. Die russische Regierung hat neuerdings eine starke Befestigung von Kalisch befohlen und eine Aushebung von 100,000 Mann angeordnet. Letzteres wurde, wenn auch nicht mit dieser bestimmten Zahlenangabe, doch schon seit einigen Wochen in der deutschen Presse angeregt. — Ueber die Seehandlung sind nunmehr fünf Broschüren erschienen, die zahllosen Zeitungs-Artikel dafür und dawider ungerechnet: zwei vom Stadtrath Risch, zwei von der Seehandlung selbst, theils ganz, theils halb offizielle, eine von Julius

in Leipzig. Die Zeitungsplänkelleien haben seitdem etwas aufgehört, nicht jedoch das Interesse an der Sache, welches namentlich in den Mittheilungen über die mehrfachen Landtagsverhandlungen neue Nahrung findet. Wie wir vernehmen, sind bereits Jedern damit beschäftigt, die Schriften der Seehandlung zu widerlegen. Daß die letzteren verschiedene Blößen bieten, läßt sich unschwer erkennen, doch giebt es deren auch nicht wenige in der Risch'schen Schrift, und diese hat Julius treffend aufgedeckt. — Herr A. v. Bornstädt, welcher sich noch in unsern Mauern befindet, geht dieser Tage nach Brüssel ab, um ein großes Werk über den deutschen Zollverein zu vollenden. — Am Charfreitage fand hier der erste ordentliche Gottesdienst der Neu-Katholiken statt. Die Feier war sehr prunklos. Diese Bewegung bemächtigte sich aller Anwesenden und der Charfreitag dürfte am hiesigen Plage wohl für die Zukunft völlig entscheidend geworden sein. Aus den Provinzen gehen die Nachrichten nicht überall im gleichen Sinne ein. So entwickelt eine orthodox-katholische Partei namentlich in der Provinz Westphalen ungemeine Thätigkeit und der „Merkur“ ergießt sich so gleich nicht bloß gegen die Abtrünnigen, sondern auch gegen die Protestanten in den ärgsten Schmähreden. Ulrichs v. Hutten erwähnte er neulich als eines schlechten, verkommenen Subjekts, der wie mehrere seines Gleichen zu der sogenannten Reformation mitgewirkt habe. Zum Verständniß solcher Artikel muß man freilich wissen, daß dieselben aus der Feder des bekannten Caplan Michaelis geflossen sind. (Bresl. Ztg.)

In der Berathung vom 19ten der hiesigen christkatholischen Gemeinde erhielten die nach Leipzig abgehenden Vertreter derselben ihre Vollmacht. Der Vorsitzende, Herr Müller, schlug die Fassung dieser Vollmacht dahin vor: die Deputirten sollen die Gemeinde in Glaubens- und Kirchenangelegenheiten dergestalt vertreten, daß sie unter möglichster Berücksichtigung des eigenen Glaubensbekenntnisses eine Vereinbarung mit allen Gemeinden, welche sich auf dem Concil vertreten lassen, herbeizuführen suchen. Die Fassung wurde einstimmig genehmigt, die Vollmacht ausgesetzt und sofort vollzogen. Herr Müller meldete dann den Wunsch der Gemeinde in Hauen, sich der hiesigen anzuschließen; dieser Wunsch wurde mit freundlicher Theilnahme aufgenommen und zugleich beschlossen, daß der bei der hiesigen Gemeinde künftig fungirende Pfarrer die benachbarten Filialkirchen mitversuchen solle. — Dann folgte die Mittheilung und Genehmigung eines Gesellschafts-Reglements für den Vorstand. — Als Beweis, wie lebhaften Antheil die hiesige deutschkatholische Gemeinde erweckt, mag es dienen, daß einer der Anwesenden, Herr N. . . . f beim Eintritt in die

Versammlung 200 Rthlr. mit dem Bemerkten zeichnete, daß dieselben andern Tages bei ihm abgeholt werden könnten. Die am Eingange aufgestellten Büchsen ergaben einen Ertrag von 31 Rthlr. 17 Sgr. (Berl. Z.)

Die neue Bestimmung hinsichtlich der Privatdocenten der Universität, welche dieselben einer tendenziösen Beaufsichtigung und vierjährigen Kündigungsfrist unterwerfen will, ist nicht unmittelbar auf Anregung unsers Unterrichtsministeriums erfolgt, sondern wurde, wie man jetzt vernimmt, wenigstens theilweise zuerst durch eine Anfrage der Universität Breslau, welche hinsichtlich des lästigen Anwachsens der Privatdocenten eine Auskunft vom Ministerium beehrte, in Antrag gebracht. (Köln. Z.)

Die Landtagsabschiede werden diesmal, wie man versichert, früher erscheinen, da der König im Sommer bereits eine Reise in die Provinzen und sodann in's Ausland anzutreten beabsichtigt. — Man glaubt, daß die Regierung selbst eine Reihe von Maßregeln zu treffen die Absicht habe, welche den Wünschen des Landes begegnen, in deren Forderung sich befinden: Creirung eines Handelsministeriums, Zurückführung der Seehandlung auf deren ursprüngliche Zwecke, weitere Erleichterungen der Presse, liberalere Bestimmungen in Bezug auf die Wählbarkeit zu Landtags-Deputirten. (L. Z.)

Berlin. — Ein hiesiger Prediger hatte sich schon häufig geweigert, an solchen Brautpaaren, von denen der eine Theil aus einer geschiedenen Ehe war, die kirchliche Trauung zu vollziehen. Man hatte sich in solchen Fällen bisher immer dadurch geholfen, daß man dem betreffenden Brautpaar ein Dimissoriale gab. Allein jüngst hat sich nun der Fall ereignet, daß auch der zweite Prediger Anstand nahm, ein Brautpaar kirchlich einzusegnen, dessen einer Theil, auf Grund gegenseitiger Einwilligung aus einer kinderlosen Ehe geschieden und mit einem solchen Dimissoriale versehen war. Unser Cultusminister hat bei dieser Gelegenheit Anlaß genommen, an die Consistorien der Monarchie, unter Mittheilung dieses Falles, ein Schreiben ergehen zu lassen, um ihr Gutachten einzufordern über die Auswege, welche, falls man von Zwangsmaßregeln gegen solche Geistliche abstrahiren wolle, zu treffen wären. Der Minister hat sich in seinem Schreiben sehr ausführlich über mehrere Auswege verbreitet, ob es etwa zweckmäßig sei, für solche Fälle ein allgemeines Dimissoriale zu geben, oder ob vielleicht in solchen Fällen die Civilehe zu gestatten sei. Zu gleicher Zeit aber hat er sich auch an das Justizministerium gewendet und sich ein Votum darüber erbeten, ob es zulässig sei, gegen solche renitente Geistliche auf disciplinarem oder gerichtlichem Wege einzuschreiten. Dieses Votum ist nun eingelaufen, aber auch

im Justizministerium sollen sich verschiedene Ansichten geltend gemacht haben.

Kürzlich kam in den Familienhäusern des Voigtlandes der Fall vor, daß vier Kerle, die dort ein Zimmer bewohnten, ihre sämmtlichen Kleidungsstücke, bis auf einen Ueberrock und ein Paar Beinkleider, zu Gelde machten und dieses in Branntwein vertranken, nachdem sie den Entschluß gefaßt hatten, nur einer nach dem Andern auszugehen, aber — schon der Erste lief davon. — Unser Kriegsschiff, die „Amazoné“, ist auch für dieses Jahr zu einer Expedition über See bestimmt. Einige geben Rio Janeiro als das Ziel ihrer Fahrt an, und wir wissen nicht, ob das mit der Verhandlung in Verbindung gebracht werden darf, welche zwischen dem Zollverein und Brasilien in nahe Aussicht gestellt ist; Andere China, wo sich ein ergiebiges Feld für unsere Deutsche Handelsinteressen eröffnet. Aber so viel wissen wir gewiß, daß diese zweite Reise einen andern Charakter als einen bloß instructiven, wie im vorigen Jahre, tragen wird, und daß ihr merkantilisch-politische Zwecke nicht fern bleiben sollen.

Königsberg. — Die gränzenlose Noth unserer Provinz, namentlich in Masuren, wo zu allem Elend noch das Viehsterben in entsetzlicher Weise um sich greift, so daß allein in dem Kirchspiel Kallionen bis zum 1. Jul. an 4000 Stück Vieh gefallen sind, hat bisher aller Mühe, sie zu lindern gespottet. Auch scheint es, nach Ausweis zweier Berichte aus Lyk und Ruß, welche die hiesige Zeitung brachte, als habe die Regierung nicht die geeigneten Mittel ergriffen, um dem Elende, so viel an ihr lag, zu steuern, ja als habe sie nicht einmal die Milde walten lassen, welche der Nothstand jener Gegend ihr zur Pflicht macht. Unter diesen Umständen sind dem Herrn Ober-Präsidenten, welcher sich in Danzig befindet, von mehreren der dortigen Landtags-Deputirten dringende Vorstellungen gemacht worden und hat er sich dem zu Folge bewogen gefunden, den ebenfalls dort zum Landtage einberufenen Ober-Regierungsrath Herrn Grafen von Eulenburg mit den ausgedehntesten Vollmachten als außerordentlichen Kommissarius nach der bedrängten Gegend zu senden, damit dieser sich durch Augenschein und an Ort und Stelle von Allem unterrichte, was Noth thut und sofort die nöthigen Maßregeln ergreife, Lebensmittel aufkaufe und vertheile u. s. w. Herr von Eulenburg hat auch sofort Danzig verlassen und ist hier durchgereist. Möge er hinter der Verantwortlichkeit seines Auftrags nicht zurückbleiben, dessen Erfüllung ihm Segen von Tausenden bringen kann. — Die hier gestiftete Bürgergesellschaft hat auch in der Provinz Anklang gefunden, und nachdem sich ähnliche Bürgerversammlungen in Elbing gebildet haben, ist dies nunmehr auch in

Braunsberg gesehen. Der Umfang, welchen die Gesellschaft bei uns erreicht hat, macht es bereits wünschenswerth, ein eignes Gebäude für dieselbe zu errichten, und es ist bereits einigen geschickten Baumeistern aufgegeben worden, einen Plan zu entwerfen.

U n s l a n d.

D e u t s c h l a n d.

Leipzig den 21. März. Ein aus Breslau so eben einlaufendes Schreiben meldet, daß der Priester Karl Kerbler aus Landeck, ein sehr talentvoller junger Geistlicher, am verwichenen Sonntage vor der deutsch-katholischen Gemeinde gepredigt hat. Nach dem Willen der Einsichtsvollsten der Gemeinde soll fürs erste nicht Konge, sondern Kerbler nach Sachsen abgehen und Konge erst später nachkommen. Er soll am grünen Donnerstage abreisen, in Siegnitz die Geistesverwandten begrüßen und dann nach Dresden eilen, wo er Sonnabend früh ein treffen wird und, wosfern es gewünscht werden sollte, am Ostermontag den Gottesdienst leiten will. In Leipzig wünscht er am Ostermontag die erste Predigt zu halten. — Am 19. März reiste der Professor Regenbrecht nach Breslau hier durch und kam von Heidelberg, wo er das Unglück gehabt hat, einen hoffnungsvollen Sohn zu verlieren.

Von der Sächsischen Grenze, 22. März. Das Feuer in Löbau konnte gestern um 9 Uhr Morgens durch das Niederreißen einiger Gebäude auf der Zittauer Straße glücklicher Weise überwältigt werden. Ein und dreißig Wohnhäuser mit ihren Hintergebäuden liegen indessen in Asche. Wie es heißt, haben einige Hausbesitzer sich dem Niederreißen ihrer Gebäude hartnäckig widersetzt, in Folge dessen sich die Polizei-Behörde zu strengen Maßregeln veranlaßt gesehen. Ob Personen bei dem Brande verunglückt sind, ist noch nicht bekannt.

Freiburg. — Die Neuigkeit des Tages ist die Einführung des Ordens der barmherzigen Schwestern in Baden. Die Genehmigung des Großherzogs ist so eben hier eingetroffen und hat den Erzbischof um so mehr mit Freude erfüllt, als es seit einiger Zeit das Ansehen gewonnen hatte, es würden den schon seit längerer Zeit gepflogenen Unterhandlungen neue unüberwindliche Hindernisse in den Weg treten. In der Hauptsache sind die Statuten des Ordens für Baden jenen von Baiern nachgebildet.

Aschaffenburg den 20. März. Die hiesige Jüdische Gesellschaft hat ihr Wahlrecht durchgesetzt und sich für den seitherigen, ihr gleichsam aufgedrungenen

und ungeliebten Rabbiner einen neuen in der Person des Rabbiners Abraham Adler zu Burgpreppach gewählt. Dem abgehenden Rabbiner Gabriel Neuburger, der eine Viehhändlerconcession acquirirt hat, läßt die Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung keinen brillanten Nachruf folgen.

Bamberg den 19. März. Diese Sensation müssen die Verhandlungen des Staatsraths in München über die Klagen der ansbacher Synode, wie sie einige Blätter brachten, erregen. Uebrigens blicken alle Edelgefinnten und alle patriotischen Männer mit Lust und Stolz auf die dabei entwickelte Energie der hochherzigen Schrenksöhne, und mit Vertrauen auf das väterliche Herz unseres religiösen und daher gerechten Königs in dieser traurigen Sache.

(D. A. Z.)

Der Rheinische Beobachter berichtet vom Main untern 15. März: „Der Direktor Haberstumpf hat seine Stelle in Baireuth angetreten; doch ist er dem Consistorium noch nicht vorgestellt. Die Remonstration des Oberconsistoriums in München gegen seine Ernennung hatte die unvorzügliche Pensionirung des ehrwürdigen, noch sehr thätigen Oberconsistorialraths Riethammer zur Folge, der als Referent in Personalsachen die Remonstration verfaßt hatte. Mit Riethammer verliert das Oberconsistorium den einzigen Mann, der noch den Muth hatte, die Interessen mit Energie zu vertreten. Diese Maßregel erregt von neuem allgemeine und schmerzliche Sensation.“

F r a n k r e i c h.

Paris den 21. März. Die H. L. Laszner und Boissy d'Anglas haben gestern folgenden Vorschlag auf das Bureau der Deputirten-Kammer niedergelegt: „Von der nächsten allgemeinen Wahl an soll Niemand zum Deputirten ernannt werden oder Mitglied der Deputirten-Kammer bleiben können, wenn er bei irgend einem nach Erlaß dieses Gesetzes abgeschlossenen Kontrakt über Lieferungen, oder Unternehmungen, oder Dienstleistungen irgend einer Art, aus welchen Zahlungen von Seiten des Staats oder einer über Staats-Fonds verfügenden Verwaltung, oder Berechnungen mit dem Staat und der Verwaltung erwachsen können, in erster oder zweiter Hand theilhaftig ist.“ Es ging mit diesem Antrage wie mit allen ähnlichen seit einem Monate: 4 Bureaus gestatteten die Verlesung in der Kammer selbst, während die 5 anderen, in welchen die Conservativen die Mehrheit haben, dieselbe verwarfen.

Die Bureaus der Deputirten-Kammer beschäftigten sich gestern mit einem Vorschlage, welchen Herr Vivien eingereicht hat, und der die Modifizirung eines Gesetzes bezweckt, welches der Antragsteller selbst

im Jahre 1840 als Großfesselbewahrer vertheidigte. Es soll nämlich nach diesem Vorschlage den Königl. Gerichtshöfen die Befugniß entzogen werden, die Zeisungen zu bezeichnen, in welche die gerichtlichen Anklündigungen aufzunehmen. Die Conservativen bekämpften den Antrag als eine Beleidigung für den Richterstand.

Es ist ernstlich von der Anlage einer Eisenbahn von Algier nach Blidah die Rede. Ein Civil-Ingenieur von Algier, Herr Redon, hat die vorläufigen Arbeiten dazu gemacht. Von Marschall Bugeaud unterstützt, hat er alle Schwierigkeiten überwunden und jetzt befindet sich schon der Chef eines der wichtigsten Handelshäuser von Marseille, Herr Luce, zu Paris, um die Konzession der Bahn nach Blidah zu erlangen. Die Gesellschaft, welche sich zu dem Behufe bildete, besteht aus den achtbarsten Mitgliedern des Marseiller Handelsstandes, ihr Kapital ist schon zusammen, sie verlangt keine Unterstützung von der Regierung. So steht zu hoffen, daß die Arbeiten bald dort beginnen werden und daß Algerien binnen zwei Jahren seine erste Bahn erhalten wird, als erste Masche des Eisenbahnnetzes, das einstens die Gränze von Tunis und Marokko verbinden wird.

In dem Rundschreiben des Kriegsministers zum Verbote des Eintritts in den Freimaurer-Orden heißt es: „Ohne irgend einen Tadel auf eine vom Souvernement geduldete Institution zu werfen, glaubt der Minister in Erinnerung bringen zu müssen, daß die Regeln der Disziplin gebieten, daß Militairpersonen in keine Associationen, welchen Zweck sie auch immer haben, eintreten. Demgemäß werden Sie mit geziemender Rücksicht den unter Ihren Befehlen stehenden Offizieren desfallige Instruktion geben und ihnen anempfehlen, ihre Subalternen vor Versuchen zu warnen, die man etwa machen möchte, um sie zu irgend welcher Verbindung zu verlocken, und jenen, die schon an solche gebunden sind, den Befehl zu geben, sich unter keinem Vorwande nach den Logen und Freimaurerversammlungen zu begeben.“

Nach Berichten aus Oran vom 8. März sind daselbst zwei Franzosen, der Trompeter Escossier und der Brigadier Briand, die 17 Monate in Gefangenschaft waren, von Gibraltar angekommen. In den letzten Tagen des Ramazans haben sie unsern Duchsda die Smala des Emirs Abd-el-Kader verlassen; sie wurden unter Marokkanischer Eskorte über Fez, Mequinez, Larache, nach Tanger gebracht, wo die Europäischen Konsulu sie aufs beste empfangen. Von den drei Reitern des 2. Jägerregiments von Afrika, welche zugleich mit ihnen in Gefangenschaft geriethen, wurden zwei von den Arabern geköpft und der dritte starb an den Folgen der erlittenen Entbehrungen und Fatiguen.

Nach der Algérie verbreitete die Explosion der Pulvermagazine zuerst eine Art panischen Schreckens unter der Bevölkerung, zumal der eingeborenen. Die Mehrzahl derselben glaubte, daß die Engländer den Hafen angriffen und Mauren und Juden rannten mit dem Angstschrei: die Engländer kommen! durch die Gassen. Vorhergegangene Gerüchte, daß man mit den Engländern in gespannten Verhältnissen sei und der Umstand, daß die Kanonen der Hafenbatterien in den letzten Tagen geprobt worden waren, mochten sie in ihren Angstgedanken bestärkt haben.

Schweiz.

Die Tagsatzungs-Kommission, welcher die Jesuitenfrage, die Freischarenfrage und die Amnestiesache zugewiesen ist, hat den Dr. Kern zu ihrem Berichterstatter ernannt. Ihre Sitzungen vom 12., 13. und 15. März haben nur in der Amnestiesache zu einem einstimmigen Antrage geführt, zu demjenigen nämlich, daß den Ständen Tessin, Argau, Wallis und Luzern die Ertheilung einer allgemeinen Amnestie oder Begnadigung in Bezug auf die während der letzten Jahre in diesen Kantonen stattgefundenen politischen Vergehen dringend zu empfehlen sei. In der Jesuitenfrage weichen die Ansichten der aus den H. H. Neuhaus, Muzinger, Kern und Druey bestehenden Mehrheit der Kommission so sehr von denen der Minderheit ab, daß zur Erzielung einer Mehrheit in letzter Linie ein Entwurf wird vorgelegt werden, der nach der Ansicht der Mehrheit der Kommission zu wenig, nach derjenigen der Minderheit aber zu viel enthält, sodaß man noch nicht sagen kann, welches Schicksal diesem Entwurfe bedorft. Derselbe ist, ohne weiteren Maßnahmen der Tagsatzung vorzugreifen, auf eine durch drei eidgenössische Repräsentanten zu vollziehende freundeidgenössische und dringende Einladung an Luzern gerichtet, zu welchem Zwecke der dortige große Rath noch während der außerordentlichen Tagsatzung zu versammeln wäre. Die Kommission ist also in der Jesuitenfrage nur darin einig, daß ein Schritt gegen die Jesuiten zu thun sei, nicht aber, in welchem Umfang und in welcher Form. In der Freischarenfrage bildet einzig Dr. Druey die Minderheit. Er verwahrt sich in der Ueberzeugung, daß der Bundesvertrag genüge, gegen jeden diesfälligen Schritt der Tagsatzung.

Eventueller Beschlußesentwurf. Die eidg. Tagsatzung in Berücksichtigung der Ereignisse, welche durch die Berufung der Jesuiten nach Luzern in diesem Kanton veranlaßt wurden, und der Aufregung in einem großen Theil der Schweiz. Bevölkerung; in Erwägung, daß es in der Pflicht der Tagsatzung liegt, für die gefährdete Sicherheit im Innern der Eidgenossenschaft die erforderlichen Maßregeln zu treffen; beschließt S. 1. Freund eidg.

nössische und dringende Einladung an Luzern, auf die Berufung der Jesuiten zu verzichten. §. 2. Empfehlung der allgemeinen Amnestie (wie oben) §. 3. Eröffnung des Beschlusses durch drei von der Tag-sagung zu wählende eidg. Repräsentanten im Gr. Rathe. von Luzern und unverzügliche Berichterstat-tung über dessen Entschliefung an Aargau, Tessin und Wallis, für die politischen Vergehen der letz-ten Jahre allgemeine Amnestie oder Begnadigung zu ertheilen. §. 4. Der Vorort bringt diesen Be-schluss den betreffenden Ständen zur Kenntniß. Die Kommissionsanträge wegen Freischaren folgen, mit dem Erfolg der Abstimmung in der Tag-sagung, in unserm nächsten Blatt. (Basl. Z.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg den 20. März. (B. N.) Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers bereist jetzt der Gehülfe des Ministers des Innern, Geh. = R. Senjāwin, diejenigen westlichen und anderen Sou-vernements des Reichs, welche in Folge des vorjäh-rigen Getreidemißwachses sehr gelitten haben, um die dortige dürftige Bevölkerung, theils mit Natu-ralien, theils mit Geld zu unterstützen und sie so dem Mangel bis zur nächsten Erndte zu entziehen. Die Regierung hat ihm zu diesem Zwecke hinrei-chende Mittel überwiesen. — Die Provinz Bessarabien soll von der Viehseuche am ärgsten heimgesucht worden sein, denn hier sind in wenigen Monaten an 10,000 Stück Vieh gefallen. Viele harte Land-plagen haben nächstdem die Bewohner Bessarabiens in den letzten Jahren heimgesucht, unter welchen epidemische Krankheiten und wiederholter Mißwachs die bedeutendsten waren. — Hier ist in diesen Ta-gen aus dem Koltwano = Woskresenskischen Berg-werk in West = Sibirien, ein Goldtransport auf 15 Wagen, 300 Pud, 36 Pfund enthaltend, ange-kommen, auch sogleich auf den Centralmünzhof in die Festung abgeführt worden. — Die Kälte ist hier noch täglich zwischen 12 bis 15° R.

Italien.

Rom, 16. März. Unter den hiesigen Protestanten hat ein Bescheid der Censur großes Aufsehen gemacht, worin es verboten ward, einem Verstorbenen dieser Confession die Worte des Psalms auf's Grab zu setzen, worin es vom menschlichen Leben heißt: „wenn es köstlich gewesen ist“ u. s. w. Der Grund war: das Leben eines Protestanten könne nie köstlich sein! Wir sind weit entfernt, solche Beschränktheit des augenblicklichen Censors der Römischen Kirche oder auch nur der hiesigen Regierung zur Last zu legen, glauben jedoch, daß man seine Leute besser wählen sollte, zumal da ähnliche Censursprüche hier gerade nicht zu den Seltenheiten gehören.

Vermischte Nachrichten.

In den letzten Tagen des Februar hatte man in Warschau eine Kälte von 24 und in Peters-burg von 35 Graden. Auch in diesen beiden Städten soll die Noth unter den niedern Volksklas-sen sehr groß sein. In Warschau fand man 24 arme Leute in ihren ärmlichen und kalten Wohnun-gen erfroren, die sich mit ihren Lumpen gegen die grimmige Kälte nicht zu schützen vermochten.

In einem Walde am obern Saaluser wurden drei Geschwister erfroren gefunden. Sie hatten sich im Schnee, wo sie hungernd und ermattet nieder-gefunken waren, zusammengeduckt und in einander geschmiegt, um sich noch an einander zu erwärmen. Der Frost aber hat sie alle drei getödtet. Es wa-ren drei junge Rehe, die der Förster fand.

Aus den Ardennen brechen immer mehr Wölfe hervor und flüchten sich theils in Französische, theils in Deutsche oder Belgische Dorfschaften, wo sie Nahrung und Obdach begehren. Die hungrigen Thiere machen aber meist schlechte Geschäfte und müs-sen ihre unwillkommene Bettelrei mit ihrer Haut be-zahlen. Man sieht sie sogar in Rudeln von 20 bis 25 Stück.

In der Stadt Maskara in Afrika sind bei den argen Stürmen im Februar 100 und in Calva 22 Häuser eingestürzt. In dem Dorf Mesrate verspürte man ein Erdbeben, die Araber verließen ihre Wohnungen und bald darauf stürzten sie zu-sammen. Der Hügel, auf dem der Ort stand, riß sich los und stürzte in die Ebene.

Die Straßen von Paris haben zusammen genom-men eine Länge von 87½ Meile.

Stadt-Theater zu Posen.

Freitag den 28. März vorrückte Vorstellung: Zum Zweitemale: Thomas Thyrnau, Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. — (Thomas Thyrnau: Hr. Scheerer, v. Stadth. z. Bamberg.) Sonntag den 30. März: Letzte Vorstellung: Die Kunst, Verschwörungen zu leiten, oder: Der Minister und der Seidenhändler, Lustspiel in 5 Akten von Karl Nemann. — (Graf Bertrand von Ranzau: Hr. Scheerer.)

Bekanntmachung.

Zur Sicherstellung des Brod = und Fourage = Be-darfs für die in dem Zeitraum vom 21sten Mai bis incl. 2ten Juni c. bei Grätz versammelten drei Es-kadrons des 18ten Landwehr = Kavallerie = Regiments, so wie für die vom 17ten bis incl. 29sten Mai c. bei Gostyn versammelten drei Eskadrons des 18ten Landwehr = Kavallerie = Regiments haben wir einen Submissions- und eventualiter Licitations = Termin auf den 18ten April c. Vormittags 9 Uhr in unserm Goldhäfts = Lokale vor unserm Deputirten, Intendantur = Rath Messerschmidt anberaunt, und fordern qualificirte Unternehmer hierdurch auf,

entweder persönlich in jenem Termine zu erscheinen, oder ihre etwanigen Offerten bis dahin portofrei sub rubro „Militair-Verpflegungs-Offerte“ bei uns einzureichen.

Die Bedingungen sind im Allgemeinen dieselben, welche der direkten Brod- und Fourage-Verpflegung der Truppen überhaupt zum Grunde liegen, und werden dieselben im Termine auch noch speziell bekannt gemacht werden.

Bemerkt wird hierbei nur noch, daß jeder Submittent zur Stelle den 10ten Theil des Geldwerthes des Lieferungs-Objekts als Caution zu deponiren hat.

Der approximative Bedarf ist
880 Stück Brode à 6 Pfd.,
20 Wispel Hafer,
130 Centner Heu,
20 Schock Stroh

für jeden der genannten Uebungs-Orte.

Posen, am 24. März 1845.

Königliche Intendantur des fünften Armeekorps.

Bekanntmachung.

Den unbekanntten Gläubigern des am 13ten Mai 1828 zu Jarocin verstorbenen Bürgers Mathias Sroczyński wird hiermit in Gemäßheit des §. 137. Theil I. Titel 17. des Allgemeinen Landrechts bekannt gemacht, daß der Nachlaß in dem am 2ten Juni 1845 Vormittags um 10 Uhr

vor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Hoppe anstehenden Termine unter die Erben vertheilt werden soll.

Pleschen, den 21. December 1845.

Königliches Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.

Die Chaussiegeld-Erhebung zu Grabowo, zwischen Wirfz und Schneidemühl, soll vom 1sten Juli d. J. ab auf ein oder drei Jahre — nach der Wahl des Königl. Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen — anderweit in Pacht ausgegeben werden.

Zur Ausbietung dieser Pacht haben wir auf den 21sten April d. J. Vormittags 9 bis 1 Uhr einen Termin im Dienstgelasse des Königl. comb. Steuer-Amtes zu Wirfz angesetzt.

Nur dispositionsfähige Personen, welche bei uns, oder dem genannten Königl. Amte — wo auch die Bedingungen von jetzt ab eingesehen werden können, — eine Caution von 100 Rthlr. niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Nachgebote werden nicht angenommen.

Bromberg, den 16. März 1845.

Königl. Haupt-Steuer-Amt.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Königl. Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen wird die unterzeichnete Behörde im Dienstgelasse des Königl. comb. Steueramts zu Wirfz am 22sten April d. J. von Vormittags 8 — 12 Uhr die Chaussiegeld-Erhebung zu Kosowo bei Wirfz auf 1 oder 3 Jahre — nach der Wahl der höheren Behörde — vom 1sten Juli d. J. ab an den Meistbietenden zur Pacht ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche bei uns oder dem Königl. comb. Steuer-Amte Wirfz eine

Caution von 100 Rthlr. niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Nachgebote werden nicht angenommen.

Die Bedingungen sind bei uns, so wie bei dem vorgenannten Amte, in den Dienststunden von jetzt ab einzusehen.

Bromberg, den 16. März 1845.

Königl. Haupt-Steuer-Amt.

Bekanntmachung.

Am 31sten d. Mts. findet die Verkaufs-Licitations des uns gehörigen adelichen Ritter-Gutes Dzierzank mit cum Attin., Schildberger Kreises, vor dem Königl. Hochlöblichen Ober-Landesgerichte hier, zum Zweck unserer Theilung, Statt, worauf wir, mit Bezug auf die vorhergegangenen gerichtlichen Edictalien, die Herren Kaufsustigen ergehenst aufmerksam machen.

Posen, den 26. März 1845.

Die v. Wielkowieystischen Erben.

Lehrer Fenner, Gerberstraße No. 3., nimmt Pensionaire an.

Der Gasthof „Hôtel de Rome“ Breslauerstraße No. 16. ist vom 1sten Juli 1845 ab anderweit zu verpachten. Die Bedingungen sind beim Besitzer desselben, Breitestraße No. 13., zu erfahren.

Die Verlegung meines unter der Firma „Meyer Aron Löwensohn“, bisher am Markt No. 55. belegenen Rauchwaaren-Lagers nach No. 87. daselbst in das früher dem Apotheker Herrn Dähne, jetzt dem Kaufmann Herrn Gustav Bielefeld gehörende Haus, beehre ich mich hiermit einem hochgeehrten Publikum ergebenst anzuzeigen.

Posen, den 25. März 1845.

Meyer Aron Löwensohn.

Das neue Berliner Volkser-Magazin empfiehlt die neuesten Sopha's, Lehnstühle, Feder-Matrazen etc. in bester Auswahl.

L. Neumann,
Tapezierer, Markt No. 62.

Frische Englische Auster empfing

J. G. Treppmacher.

הַבַּיִת

von vorzüglicher Güte, empfehlen zu äußerst billigen Preisen

A. Patscher & Comp.
Posen, Bronkerstraße No. 19.

Auf vieles Verlangen findet Sonntag den 29. März ein Wurst-Ball statt, wozu ich ganz ergebenst einlade. Billets sind bis Sonntag Nachmittag 4 Uhr in meiner Wohnung, Kränzelgasse Nr. 33., zu haben.

M. Weber, Wurstfabrikant.
Posen, den 27. März 1845.